

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 187 (2021)
Heft: 8

Artikel: Russland wird als Feind aufgebaut
Autor: Frick, Gotthard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-976259>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Russland wird als Feind aufgebaut

Von Gorbatschows «Gemeinsamen Haus Europa» zu Russland als Feind. Der Westen baut gegenwärtig Russland als Feind auf. Anlass ist die Rücknahme der Krim durch Russland und dessen Intervention in der Ost-Ukraine. Da die westlichen Medien nicht berichtet hatten, wie der Westen über die langen Jahre vorher die Ukraine für die Übernahme ins westliche Lager vorbereitete, soll das hier nachgeholt werden. Die russische Reaktion darauf wird dann verständlich.

Gotthard Frick

Die Sowjetunion ging Ende 1991 unter. Aus ihr entstanden 15 unabhängige Staaten, darunter Russland, aber auch die Ukraine. Die Krim war seit 1783 Teil des Zarenreichs und wurde dann zu einem Teilstaat der Sowjetunion. Aber 1954 entschied Chruschtschow, die Krim der Ukraine zuzuschlagen, aus der er selber stammte. Noch zur Sowjetzeit, am 20. Januar 1991, fand auf der Krim ein Referendum statt, bei dem sich 93% der Wählenden für eine unabhängige Krim innerhalb der Sowjetunion aussprachen. (Wahlbeteiligung 81%). Der Sowjet der Ukraine akzeptierte das Resultat aber nicht und beschloss am 12. Februar 1991, dass die Krim «im Bestand der Ukraine» sei.

Auch die mächtige Sowjetarmee hatte sich aufgelöst. Sie war 1949 die Begründung für den Aufbau der NATO gewesen. Der Bundesrat stellte im Sipol B 2016 zu Recht fest: «Nach dem Kalten Krieg haben die russischen Streitkräfte einen beispiellosen Niedergang erlebt.» Aber Russland rüstete nicht auf. Von Gorbatschow über Jelzin bis zu Putin suchte dessen Führung damals den Anschluss an Europa. Gorbatschow träumte vom Gemeinsamen Haus Europa mit Russland als gleichberechtigtem Mitbewohner. Sein Nachfolger Putin meinte im Interview «Breakfast with Frost BBC» vom 3. März 2000: «Russland ist Teil der europäischen Kultur. Und ich kann mir mein eigenes Land nicht von Europa und was wir die zivilisierte Welt nennen, isoliert vorstellen. So ist es für mich schwer, die NATO als Feind zu sehen ... Wir sind für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit, für eine Partnerschaft.» Er sah sogar die Möglichkeit, dass Russland der NATO beitrete.

Aber Russland hatte nicht mit der traditionellen Machtpolitik der USA/NATO gerechnet. Statt sich aufzulösen, nahm die NATO von 1999 bis 2009 zwölf ehe-



Ukraine und die Krim.

Bild: Goruma

malige Mitglieder des Ostblocks auf und stationierte Kampfverbände an Russlands Grenze. In der Folge rüstete Russland wieder auf. Heute verfügt es auch nach Einschätzung höchster US-Offiziere wieder über bedeutende, fähige Streitkräfte.

Für den Westen höchst beunruhigend ist angesichts der rasch wachsenden globalen Spannungen die durch die westliche Provokation verursachte militärische Zusammenarbeit Russlands mit China, das heisst die Verstärkung des «Ostens» durch die starken russischen Streitkräfte.

Aufbau eines die US-Interessen vertretenden politischen Netzwerks in der Ukraine

Um die Rücknahme der Krim zu verstehen, muss man die westliche Politik gegenüber Russland ab dem Zusammenbruch der Sowjetunion bis 2014 kennen.

In den Jahren zwischen der Unabhängigkeit der Ukraine bis zum Umsturz von 2013/2014, finanzierten die USA mit mehr als 5 Milliarden US-Dollar den Aufbau von «demokratischen» Vereinen, Institutionen, politischen Bewegungen, Medien usw. im Land.¹ Mit anderen Worten, sie finanzierten eine gegen die Regierung gerichtete Opposition, die – da finanziell von ihnen abhängig – nach den Vorgaben der USA handelte. Schon in diesen Jahren kamen immer wieder mächtige US-Politiker nach Kiew, um das Land auf die Seite des Westens zu ziehen. Die US-Flotte hatte zudem den Ausbau des Marinestützpunktes Otschakow in der Ukraine übernommen, um ihn für ihre grösseren Kriegsschiffe aufzubauen.²

Zusätzlich zur US-Regierung haben auch zahlreiche US-Stiftungen mit hohen Beträgen jahrelang die Gründung

oppositioneller NGO's und Institutionen aber auch einzelne Journalisten und Politiker unterstützt. Als Beispiel diene die massiv von der US-Regierung finanzierte National Endowment for Democracy (NED), eine paritätische Stiftung von US-Parlamentariern beider Parteien, die weltweit die «Demokratie fördert». Die von der NED unterstützten 69 (!) Organisationen der Ukraine waren über das ganze Land verteilt. So schufen sich die USA zahlreiche von ihnen abhängige politische Stützpunkte in allen Teilen der Ukraine.³ Auch der Milliardär Soros bestätigte nach dem Umsturz, seine Stiftung «habe eine bedeutende Rolle bei den Ereignissen gespielt».

An der NATO-Russland-Tagung vom April 2008 teilten die Vertreter der NATO mit, zu einem späteren Zeitpunkt die Ukraine und Georgien in die NATO aufzunehmen. Putin antwortete, falls das passiere, würden die Krim und die Ost-Ukraine abgespalten.

Weil die westliche Öffentlichkeit nicht informiert war, dass die Rücknahme der Krim und die Intervention in der Ost-Ukraine durch Russland eine Reaktion auf die Aggression des Westens war, konnten die politischen Drahtzieher der USA und der EU sofort nach der Übernahme der Krim beginnen, Russland und seinen Präsidenten Putin als Feind aufzubauen und mit Sanktionen zu bestrafen. Nur die chinesischen Medien hatten damals empört über die Heuchelei des Westens berichtet, der die massive völkerrechtswidrige Bombenkampagne der USA gegen Serbien zur Abspaltung des Kosovo zulies und dieses sofort als unabhängigen Staat anerkannte, aber im ähnlichen Falle der Krim Russland verteilte und ausgrenzte. Kaum jemand weiss heute, dass die USA im Kosovo seither eine ihrer grössten, gegen Russland gerichteten Auslandbasen, Camp Bondsteel, aufgebaut haben und betreiben. Serbien hätte dem nie zugestimmt.

Abkommen mit der EU – ein weiteres antirussisches Druckmittel

Die Ukraine, immer noch stark mit Russland verbunden, hatte mit der EU Verhandlungen über den Abschluss eines Assoziierungsabkommens aufgenommen. Sie hatte mit Russland schon den Vertrag über dessen Zollunion unterschrieben. Am 25. Februar 2013 stellte EU-Präsident Barroso die Ukraine vor ein Ulti-

matum: Sie müsse sich für die EU oder Russland entscheiden.

Die Regierung der Ukraine kam wegen des Ultimatus Barrosos zum Schluss, den Assoziierungsvertrag noch nicht zu unterzeichnen. Die, über Jahre vom Westen aufgebaute Opposition, wurde dadurch mobilisiert.⁴

Ab dem 21. November 2013 begann sie, mit Massenprotesten in Kiew aktiv zu werden. Bereits am 5. Dezember 2013 und in den folgenden Wochen noch zweimal reiste Victoria Nuland, die für die Ukraine zuständige Stv. Aussenministerin der USA, der US-Senator John McCain, mächtiger Politiker und Vorsitzender des Streitkräfteausschusses der USA, und Catherine Ashton, die Aussenbeauftragte der EU, nach Kiew, um die Regierung der Ukraine aufzufordern, das Anliegen der Opposition, sich Europa anzuschliessen, umzusetzen. Laut Nuland war das diesbezügliche Gespräch mit Staatspräsident Wiktor Janukowytsch «sehr hart» («very tough»). Weiter sprachen sie sich mit der von den USA finanzierten Opposition ab. Nuland verteilte Lebensmittel an die Menschen auf den Strassen, US-Senator McCain hatte Treffen mit der Opposition, darunter auch mit der rechtsextremen Svoboda. In einer Rede vom 15. Dezember 2013 auf dem Maidan versicherte er ihr «Amerika steht auf Eurer Seite» (America stands with you). Eine Ungeheuerlichkeit in einem souveränen Staat.

Am 20. Februar 2014 fand auf dem Maidan ein Massaker statt, dem 50 Demonstranten und auch mehrere Polizisten zum Opfer fielen. Der Westen machte sofort die Regierung dafür verantwortlich. In einer umfassenden Studie untersuchte die Universität Ottawa, Kanada, den Fall. Sie kommt zum Schluss, dass die Opposition, vor allem die rechtsextreme, die Schiesserei auslöste, um die Wut des Volkes auf die Regierung anzufachen. Der Bericht wurde vom 1. bis 4. September 2016 an der Jahreskonferenz der American Political Science Association (APSA) in Philadelphia und an weiteren akademischen Anlässen in Kanada und Schweden diskutiert.⁵

In einem abgehörten Telefongespräch zwischen Victoria Nuland mit dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, besprachen sie, wer neuer Premierminister werden müsse. Sie kamen überein, dass Arsenij Jatsenjuk⁶ der Wunschkandidat der USA sei. Jatsenjuk hatte schon 2007 die Open Ukraine Foundation gegründet,

die von mehreren US-Organisationen finanziert wurde. Seit dem 10. September 2014 war er Vorsitzender der von ihm mitgegründeten «Volksfront». Am 27. Februar 2014 wurde er unter Umgehung des verfassungsmässigen Verfahrens Ministerpräsident der Ukraine. Erst als mit der Ernennung von Jatsenjuk der Umsturz abgeschlossen worden war, überschritten am 27. Februar 2014 russische Truppen die Grenze zur Krim und verhinderten damit, dass die Krim mit Sewastopol, dem wichtigen Hafen der russischen Flotte, unter amerikanische Kontrolle geriet.

Fazit

Im Atomwaffenzeitalter und angesichts des Entstehens einer neuen Weltordnung sollte sich der Westen eingestehen, dass er mit seinem langfristigen Versuch, die Ukraine ins westliche Lager zu ziehen, Russland in unzulässiger Weise provoziert und auch noch militärisch bedroht hat. Es wäre an der Zeit, die Ausgrenzung und Bestrafung Russlands zu beenden und zu versuchen, mit diesem ein langfristiges, friedliches, einvernehmliches Verhältnis aufzubauen. ■

1 US Mission to International Organizations in Geneva: Assistant Secretary Nuland speaks at U.S.-Ukraine Foundation Conference, 13th December 2013. (Sie sprach über die 5 Mrd. \$, ihre Reisen in die Ukraine, mit wem sie gesprochen hatte und was sie unternommen hatte.)

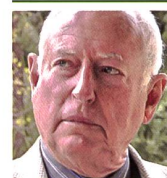
2 <https://de.rt.com/international/90140-USA-baut-ukrainischen-schwarzmeerhafen-für-eigene-Kriegsschiffe-aus>.

3 National Endowment for Democracy (NED). Supporting Freedom around the World. A Fight for Democracy: Why Ukraine Matters. NED President Carl Gershman's Article, 22.1.2015, NED: Ukraine's success after 25 years. Remarks by NED Chairman Carl Gershman at the Ukraine in Washington Conference 2016, September 14, 2016 – NED: Ukraine 2017 (mit Liste der finanzierte 69 Organisationen, Institutionen, NGO's, Parteien.)

4 Wikipedia. Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine.

5 The Maidan, the Euromaidan and the Maidan Massacre in Ukraine. Ivan Katchanovski, PhD., School of Political Studies & Conflicts Studies and Human Rights Program, University of Ottawa, Ottawa, ON, K1N 6N5, Canada.

6 de.wikipedia.org/wiki/arsenij_jazenjuk



Major
Gotthard Frick
ehem. Bat Kdt
4103 Bottmingen